

ANFRAGE von Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) und Gabi Petri (Grüne, Zürich)

betreffend Kosten für (Parteien-)Gutachten, Berater, Anwälte sowie für externe Berichte und Expertisen in den Jahren 2018 - 2020

Es fällt auf, dass Verwaltung und Regierung ihr Handeln vermehrt basierend auf (Parteien-) Gutachten, externen Berichten und Expertisen und durch Berater und Anwälte vorbereiten, begründen und rechtfertigen lassen. Praktisch keine Woche vergeht, in welcher nicht von Seiten der Verwaltung oder der Regierung auf einen extern verfassten Bericht verwiesen wird. Gewisse Anwälte und externe Beratungs-Firmen könnten sich, ohne rot zu werden, den Titel «Haus und Hof Berater» verleihen lassen, wird doch ihr teurer Rat durch verschiedene Direktionen und andere Amtsstellen regelmässig in Anspruch genommen. Dennoch steigt die Anzahl der in der Kernverwaltung (gutbezahlten) Beschäftigten jährlich weiter stark und überproportional zum Bevölkerungswachstum im Kanton an.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf wie viele Franken pro Jahr beliefen sich die Kosten für (Parteien-)Gutachten, Berater, Anwälte sowie für externe Berichte und Expertisen im Kanton Zürich in den Jahren 2018, 2019 und 2020 (bitte um tabellarische Aufstellung, aufgeschlüsselt nach Jahren, einzelnen Direktionen und vorgenannten Kostenkategorien)?
2. Auf wie viele Franken pro Jahr, in den Jahren 2018, 2019 und 2020, beliefen sich die kumulierten Kosten für den/die mit den meisten Aufträgen pro Jahr und Direktion bedachten Kostenträger aus den vorgenannten Kostenkategorien (Bitte um tabellarische Aufstellung)?
3. Wird der Regierungsrat die Finanzkontrolle anweisen abzuklären, ob die Vergabe an beratende «Experten», Anwälte und Gutachter durch die Kernverwaltung in den Jahren 2018, 2019 und 2020 im Einklang mit der Submissionsverordnung erfolgt ist und erfolgt (insbesondere mit Blick auf «Haus und Hof Berater», Gutachter, Experten und Anwälte, deren Dienste laufend und durch verschiedene Departemente und Verwaltungsstellen und die Staatskanzlei in Anspruch genommen werden)?

Hans-Peter Amrein
Gabi Petri